

**Luxemburg, den 26. September 2011**

## **Pressemitteilung**

### **Gedanken des Luxemburger Caritas-Verbandes zur Index-Frage**

Im folgenden Dokument prüft der Luxemburger Caritasverband die Auswirkungen, die im politischen Diskurs genannte Vorschläge in der Index-Frage auf die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft hätten.

- 1) Der „Index“ oder besser die automatische Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung, um die es hier geht, ist ja eigentlich dazu da, trotz Inflation die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten. Da Luxemburg eines der wenigen Länder ist, das einen „Index“ dieses Ausmaßes kennt, obliegt diese Aufgabe in anderen Ländern der Regierung mittels Gesetzen, respektive den Sozialpartnern mittels Tarifverträgen. Diese Indexierung wurde in Zeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus geboren und 1975 verallgemeinert<sup>1</sup>; die Welt hat sich aber inzwischen geändert und insbesondere die Globalisierung hat eine grundlegend neue Situation geschaffen.
- 2) Eine solche automatische Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung birgt natürlich einige Problematiken in sich, die denn auch am Anfang der verschiedensten Ideen stehen, die im Augenblick in Luxemburg diskutiert werden. Dazu gehört das Problem der Belastung des Staatshaushaltes durch den Erfall einer Indexranche, sowie seitens der Unternehmen die Furcht vor einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit (siehe dazu weiter unten). Außerdem: wollte eine Regierung in irgendeinem Bereich die Entwicklung über Preise steuern wollen, so würde eine solche Absicht durch die automatische Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung zum größten Teil zunichte gemacht.
- 3) Letzteres ergibt für den Vorschlag „nachhaltiger Index“ Sinn: die Entwicklung der Erdölpreise soll nicht mehr bei der automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung berücksichtigt werden<sup>2</sup>. Wenn der Verbrauch fossiler Brennstoffe aus umweltpolitischen Gründen zurückgefahren werden muss und diese Umstellung der Gewohnheiten über den Preis erfolgen soll, ist das nur folgerichtig. Allerdings muss man dann, wie allgemein bei Prozessen der preislichen Beeinflussung der Gewohnheiten, überlegen, wie man verhindern kann, dass ausgerechnet diejenigen bei einer solchen Maßnahme die Verlierer sind, die sowieso schon Schwierigkeiten haben, mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen und dem allgemeinen Trend in unserer Gesellschaft nachzukommen. In

---

<sup>1</sup> Erste Modulationen des Index-Systems (neben vielen Anpassungen sowohl der Technik als auch des Warenkorbes) fanden 1981-1984 infolge der Krise statt, dann wieder 2006-2009 und zuletzt 2010/2011.

<sup>2</sup> Das heißt, diese Produkte und ihre Preise aus dem der automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung zugrunde liegenden Warenkorb entfernen.

diesem Sinn war der Vorschlag des Premierministers anlässlich der Frühlings-Tripartite, im Gegenzug den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einzuführen ein Schritt in die richtige Richtung, selbst wenn gewisse Details wie generelle Verfügbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs und der Einsatz von Erdölprodukten zu anderen Zwecken als der Mobilität genauer zu betrachten sind. Darüber hinaus ist ein weiterer Nachteil einer solchen Regelung zu nennen: das Privileg, trotzdem Auto zu fahren, und zwar insbesondere außerhalb des Berufsverkehrs, würden ausschließlich Wohlhabendere haben.

- 4) Zu bedenken bleibt auch, dass jede irgendwie geartete Indexmodulation auch die Gefahr konjunkturabschwächender Konsequenzen beinhaltet, da durch sie ja die Kaufkraft nicht im gleichen Maße erhalten bleibt und somit eine Schwächung der Nachfrage eintritt.
- 5) Ein weiterer Vorschlag betrifft den „sozialen Index“. Damit ist beabsichtigt, bei einer automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung diese nur bis zu einer Höhe von beispielsweise 2 mal den Mindestlohn durchzuführen. Unter dem Aspekt der Kaufkraftherhaltung ist ein solcher Vorschlag natürlich nicht angebracht. Er schadet allerdings nicht den unteren Einkommensgruppen<sup>3</sup>: dabei stellt sich nur die Frage, wo die Grenze gesetzt werden soll. Es gibt dafür keine gesicherte theoretische Grundlage, und das Zweifache des Mindestlohns ist dabei genauso arbiträr wie das Anderthalbfache oder irgendeine x-beliebige andere Grenze. Außerdem muss man bedenken, dass ein solcher Vorschlag mittelfristig zu einer Annäherung der unteren und oberen Einkommensgruppen führt. Dies kann selbstverständlich begrüßenswert sein, es sollte dann aber auch klar als Absicht erwähnt werden, und nicht automatisches, fast unbeabsichtigtes Nebenprodukt einer anderen Handlung sein. Wollte man die eigentliche Absicht der Indexierung (Erhalt der Kaufkraft) mit einer solchen Obergrenze koppeln, so müssten eigentlich die Indexanpassungen in den unterschiedlichen Einkommensgruppen unterschiedlich ausfallen: höhere Einkommensgruppen geben einen geringeren Anteil ihres Einkommens für Konsumzwecke aus als untere Einkommensgruppen, außerdem ist ihr Warenkorb verschieden<sup>4</sup>. Somit wäre also eher eine Indexanpassung auf einem unterschiedlich hohen Anteil des Einkommens und aufgrund eines unterschiedlichen Warenkorbs gemäß dem unterschiedlichen Kaufverhalten angebracht. Die „Enquête permanente sur les Budgets des Ménages“ des STATEC<sup>5</sup> detailliert die Konsumausgaben der Haushalte für sieben verschiedene Einkommensgruppen, für unterschiedliche Haushaltskonfigurationen und mehr als 100 verschiedene Produkte oder Dienstleistungen: die statistischen Unterlagen dafür wären also vorhanden<sup>6</sup>. Eine solche Art der begrenzten Indexanpassung würde dann auch die Nachfrage nicht schwächen und würde somit nicht zur Rezession beitragen.

---

<sup>3</sup> Vorausgesetzt, die Haushaltszusammensetzung findet dabei Berücksichtigung !

<sup>4</sup> Siehe STATEC : Enquête permanente sur les Budgets des Ménages.

<sup>5</sup> Diese Erhebung wird in anderen Ländern z.B. zur Ausrechnung der sozialen Minima, etwa der Sozialhilfe in Deutschland, benutzt.

<sup>6</sup> Allerdings ist zu bezweifeln, dass die Auswirkungen wirklich signifikant unterschiedlich zu denen des „sozialen Index“ wären, berücksichtigt man die insgesamt geringen Unterschiede der verschiedenen Index-Modulationen wie sie der STATEC ausgerechnet hat: siehe Statnews N° 37/2010 vom 18.8.2010 sowie Economie et Statistiques, Working paper N° 43, août 2010.

- 6) Denkbar wäre selbstverständlich auch eine Kombination einer derartig sozial zu rechtfertigenden begrenzten Indexanpassung mit einem Warenkorb ohne Erdölprodukte, bei Einführung des kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs und universeller Verfügbarkeit desselben.
- 7) Ein anderer Vorschlag, den Erfall der Index-Tranchen zeitlich zu staffeln<sup>7</sup>, ist offensichtlich eine Negation des Vorhabens, die Kaufkraft zu erhalten und betrifft somit vor allem die unteren Einkommensklassen. Ein solcher Vorschlag ist allerdings nicht erstaunlich, kommt er doch vor allem jenen Arbeitgebern zugute, die vor allem Leute mit niedrigen Löhnen beschäftigen: also eher den kleinen Handwerkern als den Banken beispielsweise. Dabei kommt natürlich der Erfall einer Index-Tranche in etwa alle 12 Monate nahe an eine Situation, in der der Verlust der Kaufkraft bei jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen mit zur Debatte stünde.
- 8) Das führt zur Überlegung, was denn ein völliger Verzicht auf die automatische Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung mit sich bringen würde. Zur Erhaltung der Kaufkraft müsste dann, wie in anderen Ländern auch, einerseits die Regierung (unter dem Einfluss der öffentlichen Meinung, dem Druck der Opposition und der Gewerkschaften) regelmäßig sowohl Mindestlöhne als auch Renten an die Preisentwicklung anpassen, andererseits die Gewerkschaften in Kollektivvertragsverhandlungen nicht nur den Produktivitätsfortschritt sondern auch den Kaufkraftverlust durch Inflation mit verhandeln<sup>8</sup>. Dies ergäbe allerdings im Vergleich zu einer automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preisentwicklung etwas mehr Flexibilität: die Anpassung durch Kollektivvertragsverhandlungen könnte sowohl auf die unterschiedliche Entwicklung nach Branchen Rücksicht nehmen, als auch zu bestimmten Zeiten moderater, zu besseren Konjunkturzeiten allerdings auch stärker ausfallen.
- 9) Dies alles hat allerdings nichts mit der von Arbeitgeberseite oft beschworenen Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Wenn diese in diesem Zusammenhang erwähnt wird, wird darunter eine niedrigere Lohnentwicklung verstanden. Unter Wettbewerbsfähigkeit wird allerdings sowohl nach EU- als auch nach nationaler Definition verstanden, dass ein Land in der Lage sein soll, seinen Bewohnern einen auskömmlichen Lebensstandard zu bieten<sup>9</sup>. Dies kann ja wohl nicht gleichzeitig Niedriglohnpolitik bedeuten. In diesem Zusammenhang muss daher auch ein Blick geworfen werden, nicht auf die Unternehmensgewinne, aber auf die Unternehmer-

---

<sup>7</sup> Z.B. dass zwischen dem Erfall von 2 Indextranchen ein gewisser Mindestzeitraum liegen muss.

<sup>8</sup> Es ist nämlich nicht so, wie manche Arbeitgeberverlautbarungen vermuten ließen, dass ein Abschaffen des Index automatisch zu einem Einfrieren der Löhne führen würde ! Allerdings muss man bedenken, dass nicht alle Arbeitnehmer, die mehr als den Mindestlohn verdienen, unter einen Kollektivvertrag fallen würden. Man müsste dann schon solche Tarifverträge obligatorisch machen.

<sup>9</sup> « Au risque de lasser le lecteur avec les mêmes antiennes, il me paraît pourtant indispensable de rappeler que la compétitivité est une notion multidimensionnelle qui doit donc être appréhendée dans la toute sa complexité sans céder aux pièges de la facilité sémantique et sans embrasser les positions partisans. La compétitivité a été définie, par le CES, comme la capacité d'une nation à améliorer durablement le niveau de vie de ses habitants et à leur procurer un haut niveau d'emploi et de cohésion sociale tout en préservant l'environnement. Je souligne que la compétitivité n'est qu'un instrument au service d'un objectif à plus long terme : le bien-être des citoyens. » (Le Ministre de l'économie dans la préface du Bilan compétitive 2007)

und Aktionärsgewinne. Wenn letztere wegen höherer Löhne abnehmen, ist das kein Grund, gesamtwirtschaftlich auf niedrigere Löhne zu setzen.

- 10) Statt soviel Energie auf die Frage der Index-Modulation zu verwenden, wäre es sinnvoller, die Inflation wirkungsvoller zu bekämpfen, womit der Erfall weiterer Index-Tranchen auch gedämpft würde. Während bisher die luxemburgische Inflationsrate immer irgendwo zwischen denen der Nachbarländer lag, mit denen wir den meisten Güter- und Dienstleistungsaustausch haben, liegt sie in den letzten Jahren regelmäßig über den Werten unserer Nachbarländer. Da also ist Aktionsbedarf gegeben: er betrifft diejenigen die die Preise setzen, also die Arbeitgeber, und dazu die Regierung, die die Preisentwicklung kontrollieren muss.